

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Fraktion

Nr.: **A 20/0036-01**

Status: öffentlich

Datum: 09.01.2020

Klimanotstand Mülheim

Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Beratungsfolge

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	04.02.2020	Ausschuss für Umwelt und Energie
Ö	13.02.2020	Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Energie empfiehlt dem Rat, zu beschließen:

Der Rat der Stadt beschließt:

Der Rat der Stadt Mülheim erklärt hiermit den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als eine Aufgabe von höchster Priorität an.

Der Rat der Stadt Mülheim beauftragt daher die Verwaltung, unter Einbeziehung der Öffentlichkeit ein Integriertes Klimaschutzkonzept zu erarbeiten. In diesem Konzept sollen alle bisherigen Klimaschutzbemühungen der Stadt Mülheim, insbesondere die Ansätze des Energetischen Stadtentwicklungsplans zusammengefasst und durch weitere Maßnahmen ergänzt werden. Zielsetzung des Konzepts soll es sein, in Mülheim bis zum Jahr 2035 die Klimaneutralität zu realisieren, da die bisher geplante CO₂-Halbierung von 1990 bis 2030 nicht ausreichend ist. Das bedeutet, dass spätestens ab diesem Jahr die Stadt nur noch so viel Kohlenstoffdioxid ausstößt, wie beispielsweise durch Technik oder Grünflächen ausgeglichen werden kann. Dazu verpflichtet sich die Stadt, ab diesem Datum nur noch auf emissionsfreie Technologien bei der Energieversorgung zu setzen.

Ferner berücksichtigt der Rat der Stadt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen und bevorzugt Lösungen, die Treibhausgase einsparen und sich positiv auf Klima, Umwelt und Artenschutz auswirken. Konkret bedeutet das, dass jegliche Entscheidungsvorlagen - analog zu den finanziellen Auswirkungen - auf Auswirkungen auf das Klima analysiert werden. Werden Auswirkungen auf das Klima festgestellt, so sind diese, soweit möglich, explizit zu quantifizieren; dazu werden in diesem Fall mögliche Ausgleichsmaßnahmen zur Vorlage dargestellt.

Begründung:

Der Rat der Stadt Mülheim erkennt, dass die bisherigen staatlichen und kommunalen Aktivitäten nicht ausreichen, um das im Pariser Klimaabkommen festgelegte Ziel zu erreichen, die globale Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Die Klimakrise stellt für die Stabilität der Ökosysteme unseres Planeten und für Millionen von Menschen eine existenzielle Bedrohung dar. Eine ungebremste Erderwärmung ist eine enorme Gefahr für Frieden und Wohlstand weltweit. Auch die Stadt Mülheim würde erheblich unter den Folgen der Klimakatastrophe leiden. Deshalb müssen grundlegende Veränderungen, insbesondere in den Sektoren Energieerzeugung, Wohnen und Bauen, Industrie, Transport und Verkehr sowie Landwirtschaft, eingeleitet werden. Genauso muss der Schutz der ausgewiesenen Naturschutzgebiete sichergestellt werden.

Um eine Wende zu erreichen, die von der Gesellschaft mitgetragen werden kann, ist es unerlässlich, bei allen Maßnahmen absolute Transparenz und faktenbasierte Aufklärung der Stadtgesellschaft zu betreiben. Vor allem junge Menschen müssen wegen ihrer besonderen Betroffenheit stärker in den Prozess einbezogen werden.

Tim Giesbert
Fraktionssprecher